

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

2100-0165

Eisenstadt, am 26. Juni 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

**der Landtagsabgeordneten KO. Ing. Norbert Hofer, Mag. Thomas Grandits,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Schutz
der autochthonen Volksgruppen und Ablehnung von Budgetkürzungen auf
Bundesebene“**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Schutz der autochthonen Volksgruppen und Ablehnung von Budgetkürzungen auf Bundesebene“

Vor 70 Jahren wurde mit Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages der verfassungsrechtliche Schutz der autochthonen Volksgruppen, insbesondere der burgenlandkroatischen, ungarischen und Roma-Volksgruppe verankert. Diese Gruppen sind seit Jahrhunderten integraler Bestandteil des Burgenlandes und ihrer kulturellen Vielfalt.

Die nunmehr im Bundesbudget vorgesehenen Kürzungen, konkret minus 189.000 € im Jahr 2025 und minus 600.000 € im Jahr 2026, stellen einen massiven Eingriff in bewährte Strukturen der Sprachförderung, der kulturellen Vielfalt und der Bildungsangebote dar. Derartige Einsparungen gefährden die Existenz zahlreicher Projekte, insbesondere im Burgenland.

Besonders besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die auf Bundesebene kolportierten Kürzungen der Volksgruppenförderung. Eine derartige Maßnahme ist kulturpolitisch rückschrittlich, gesellschaftlich fahrlässig und widerspricht der historischen Verantwortung der Republik Österreich.

Besonders brisant ist, dass sogar Abgeordnete aus dem Burgenland im Nationalrat und im Bundesrat widerspruchslos solchen Kürzungen zugestimmt haben und diese damit aktiv mittragen. Ein derartiges Abstimmungsverhalten konterkariert das burgenländische Erfolgsmodell des respektvollen Miteinanders und schwächt die Position der Volksgruppen in ganz Österreich.

Der Landtag hat beschlossen:

Die burgenländischen Mandatare zum Nationalrat und des Bundesrates werden aufgefordert, sich mit aller Entschlossenheit gegen jede Form der Budgetkürzung im Bereich der Volksgruppenförderung zu stellen und in allen diesbezüglichen Abstimmungen klar und öffentlich dagegen zu votieren.

Die Burgenländische Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- für eine dauerhafte Absicherung und perspektivische Erhöhung der Volksgruppenfördermittel sorgen,
- eine Initiative zur Einleitung eines bundesweiten Dialogprozesses zur Weiterentwicklung der Volksgruppenpolitik im 21. Jahrhundert ergreifen und

- konkrete Impulse für mehrsprachige Bildungsangebote auch in urbanen Räumen (etwa in Form von Pilotprojekten) in diesen Dialog einbringen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss sowie dem Sozialausschuss zuzuweisen.